

*Bericht im Wilhelmsburger Insel Rundblick Okt./Nov. 2015 von Marianne Groß:*

## **Flüchtlinge und Obdachlose: Alle Menschen in Wilhelmsburg brauchen ein Dach über dem Kopf – und nicht nur ein Zelt Dach**

**Auf dem pragmatisch orientierten Pegelstand am 29. September 2015 im Bürgerhaus wurde ein „Schulterschluss“ von Verwaltung und engagierten Bürgern gefordert**

MG. „Seit 35 Jahren lebe ich auf der Elbinsel, manchmal bin ich vom Stadtteil genervt, aber lebendig ist es hier immer.“ Mit diesen Worten eröffnete der Moderator Hartmut Sauer den Pegelstand nach einem Dank an Bezirksamtsleiter Andy Grote für sein Kommen trotz des vollen Terminkalenders. Der Eintritt für den Pegelstand, der dieses Mal in Kooperation mit dem Verein „Die Insel Hilft“ (DIH), stattfand, ist üblicherweise frei. Allerdings geht für alle, die es sich leisten können, immer eine Spendendose herum, um die Kosten zu decken. Auf diesem Pegelstand warb Barbara Kopf vom Freizeithaus Kirchdorf-Süd für das Projekt einer Stadtteilkarte für Flüchtlinge und andere Zugewanderte. Der Überschuss aus der Spendensammlung soll für den Druck dieser Karte genutzt werden.

Danach stellte Diana Ennet, Vorstandsvorsitzende von DIH, kurz den Verein vor. Der Verein leistet seit 2014 Flüchtlingshilfe hauptsächlich in den Zentralaufnahmen Dratelnstraße (mehr als 1300 Bewohner) und im Karl-Arnold-Ring (ca. 300 Bewohner). Der Verein hat 43 Mitglieder und 90 bis 120 Menschen, die in der Kleiderkammer, mit Sprachkursen, bei der Begleitung zu Behörden usw. helfen. Zusätzliche HelferInnen werden immer gebraucht, erst recht in Hinblick auf die weiter steigenden Flüchtlingszahlen.

Bei der Veranstaltung ging es aber nicht nur um Flüchtlinge, sondern allgemein um die Wohnsituation von Menschen mit wenig Einkommen. So stellte Melanie Stello vom „westend“ im Vogelhüttendeich fest, dass die Obdachlosigkeit stark angestiegen sei. Das „westend“ ist eine Begegnungsstätte hauptsächlich für Menschen aus Bulgarien und Rumänien. Schwerpunkt ist die Migrantenmedizin. Es gibt Sprechstunden für Menschen ohne Krankenversicherung. Stello: „ich möchte hier eine Lanze für die Osteuropäer brechen. Sie dürfen nicht in Vergessenheit geraten“.

Ein drittes Blitzlicht (die vereinbarten Sprechzeiten wurden vom Moderator strikt überwacht) gab Anja Blös, Regionalpastorin für die Kirche im Stadtteil. Sie referierte eine Liste von Vorschlägen, wo auf Wilhelmsburg noch Flüchtlingsunterkünfte geschaffen werden könnten, mit Blick auf freie Flächen und Nutzung von leer stehenden Gebäuden.

Grote hatte dann etwas mehr Zeit und lobte erst einmal: „Die Willkommenskultur in Wilhelmsburg ist fast einzigartig.“ Täglich kämen 400 bis 500 neue Flüchtlinge nach Hamburg. Die schiere Zahl bringe alle an die Grenze ihres Leistungsvermögens: „Wir könnten

alle drei Tage eine ‚Dratelnstraße‘ in Betrieb nehmen“, sagte Grote und erklärte: „Die staatlichen Stellen sorgen für die Grundversorgung, wie Unterkunft, Lebensmittel, Kitas und Schulen, wenn auch nicht immer sofort.“ Für die Kleiderkammern, den Sprachunterricht, Begleitung zu Behörden und Freizeitangebote würden die ehrenamtlichen Freiwilligen benötigt.

Dann kam Grote zu den Zelten in der Dratelnstraße, in denen zur Zeit mehr als 600 Menschen untergebracht sind. Die Zelte seien ursprünglich für eine vorübergehende Notsituation gedacht gewesen, aber nun müssten die Menschen erst einmal dort bleiben. Die Zelte würden gegen Container ausgetauscht, sobald den Behörden taugliche Container angeboten würden. Weitere Plätze für Flüchtlinge seien in Modulhäusern in der Schlenzigstraße geplant, außerdem würden das Schulgebäude und die Turnhalle in der Georg-Wilhelm-Straße wieder genutzt. Zu dem Vorschlag, das Hybridhaus (ehemaliges igs-Verwaltungsgebäude) zumindest als Treffpunkt zu nutzen, bemerkte Grote: „Einheiten dieser Größe (wenig Plätze für viel Geld, d.Red.) helfen uns nicht wirklich weiter. Der Plan ist, bestehende Standorte zu stärken und auszubauen und weitere, möglichst größere Standorte hinzu zu gewinnen.“ Dazu verwies er auf das neue Konzept des Senats „Bau von Flüchtlingsunterkünften im Standard des sozialen Wohnungsbaus“. Alle Bezirke würden gebeten, Flächen mit einer Größe von acht Hektar zu nennen, auf denen der Bau von bis zu 800 Wohneinheiten möglich sei. Die Unterkünfte sollten bis Weihnachten 2016 bezugsfertig sein. Genehmigungen erfolgten nach dem „Polizeirecht“. Anders sei es in dieser Notsituation nicht möglich. Es werde aber gemäß Standard für den Wohnungsbau im ersten Förderweg mit Bad, Küche, Balkon und Fahrstuhl gebaut, so dass die Wohnungen im Laufe der Zeit auch für andere Bevölkerungsgruppen zur Verfügung stünden. Treffpunkte für die Flüchtlinge über das Wohnen hinaus sollten eingerichtet werden. Grote sprach die Hoffnung aus, dass unter dem Eindruck der Notsituation alle zivilgesellschaftlichen Organisationen, Kirchen und Gewerkschaften ihre Möglichkeiten voll ausschöpfen werden.

In der nachfolgenden Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass diese Art Expresshäuser nach „Polizeirecht“ nicht Standard werden dürften, z. B. bei den Bauten für Olympia, die auch unter Zeitdruck stehen werden. Das Personal in der Verwaltung dürfe nicht ständig schrumpfen. Es müsse ausreichend Personal da sein, das ordentliche Planungen leiten könne.

Melanie Stello verwies auf die Notwendigkeit von vielen zusätzlichen Dauerunterkünften für Wohnungslose.

Den Einwurf aus dem Publikum: „Auf Olympia verzichten!“ nahm Grote nicht auf, antwortete nur, dass man nicht gegeneinander diskutieren solle.

Den ersten Teil der Veranstaltung beendete Hartmut Sauer mit dem Hinweis: „Wir arbeiten an dem Schulterschluss. Das System würde ohne Ehrenamtliche zusammenbrechen. Alle strengen sich an, aber wir müssen noch besser werden. Wir müssen zu Strukturen kommen!“

Gottfried Eich, Experte für Arbeitsmarkt und Bildung, machte dann grundsätzliche Anmerkungen zur Zukunft auf den Elbinseln. Neues Denken sei notwendig. Der Strom der Flüchtlinge halte noch viele Jahre an. Man müsse Chancen offensiv nutzen und neue gesellschaftliche Zukunftsprojekte in die Hand nehmen. Angesichts der neuen Herausforderungen fehlten aber Konzepte für solche Zukunftsprojekte. Man müsse integrierte Ansätze entwickeln.

Manuel Humburg vom Verein Zukunft Elbinsel Wilhelmsburg (ZEW) wies auf die große Erfahrung in Wilhelmsburg mit der Integration von Zuwanderern hin. Die jetzt knapp 3000 neuen Einwanderer seien eine große Herausforderung, aber da schon von einer Krise zu sprechen, würde entmutigen. Wilhelmsburg sei grundsätzlich in der Lage, das zu schaffen, aber nur mit tragfähigen Strukturen. Er wies auf die Zukunftskonferenz 2002 hin, wo bereits eine Leitstelle „Zusammenleben“ gefordert worden sei. Dazu sei es nie gekommen. Jetzt sei es an der Zeit, solche Einrichtung zu schaffen.

Grote zögerte im Hinblick auf neue Verwaltungsstrukturen. Gleichzeitig mit dem Ausbau der Verwaltung könne kein Umbau stattfinden. Man solle versuchen, die Regelstrukturen zu ertüchtigen und zu stärken. Von den 570 Millionen Euro für die Flüchtlingshilfe gingen viele in die Personalstruktur.

Michael Roths Schuh von ZEW wies darauf hin, dass der Begriff „Wachsende Stadt“ eigentlich Wachstum im Bereich von Arbeit und Menschen, die kämen, weil sie woanders nicht leben könnten, bedeute. Dementsprechend sei nicht die Hafen City das Zukunftsmodell, sondern Wilhelmsburg.

Aus dem Publikum kamen außerdem Beschwerden über die bürokratischen Hürden bei der Einstellung von Praktikanten und über den Einstellungsstopp in der Bezirksverwaltung sowie die Forderung nach Aussetzung des Sparzwangs.

Zum Schluss stimmte die Versammlung einem offenen Brief an Bürgermeister Olaf Scholz zu, den WIR nachfolgend abdrucken.